

Reformer: Katholische Kirche muss sich von rigiden Strukturen lösen

Münsterschwarzach (dpa/lby) - Die katholische Kirche verliert nach Ansicht der Reformbewegung «Wir sind Kirche» an Einfluss, wenn sie weiter an ihren «rigiden Strukturen» festhält. Vor allem die «Pfingstkirchen», die auf charismatische Prediger und die persönliche Begeisterung der Anhänger setzen, bedeuteten mit derzeit 400 bis 600 Millionen Mitgliedern weltweit eine «ernsthafte Konkurrenz» für Rom, sagte Vorstandsmitglied Christian Weisner in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa zum Auftakt der Bundesversammlung am Freitag in Münsterschwarzach bei Würzburg.

Unter dem Motto «Gelebte Freiheit» wollen die reformorientierten Katholiken auf ihrer bis Sonntag dauernden Bundesversammlung Zeichen setzen, um «Resignation und rückwärtsgewandte Politik» in der katholischen Kirche zu stoppen. Dafür müsse vor allem das «hausgemachte Problem» des Priestermangels angegangen werden, sagte Weisner. «Wir brauchen mehr Laienmitbestimmung und gleichberechtigte Frauen inklusive der Priesterinnenweihe.» Nur so könne die von Papst Benedikt XVI. beklagte «Verdunstung des Glaubens» in einen «Glauben aus der Mitte» umgewandelt werden.

«Die Mehrheit der Katholiken hat den Eindruck, dass restaurative Gebote und traditionalistische Regelwerke dem Papst wichtiger sind als die frohe Botschaft», sagte Weisner. Wie «hilflos» etwa der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller mit dem Riekhofener Fall von sexuellem Missbrauch in der Kirche umgehe, wirke umso tragischer, weil dort die Richtlinien der Bischofskonferenz von 2002 für derlei Fälle nicht angewendet worden seien.

Um zukunftsfähig zu bleiben, müsse die katholische Kirche die Hoffnungsbotschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils besser verwirklichen. Auf der Bundesversammlung will «Wir sind Kirche» mit Vorträgen, in Arbeitsgruppen und mit einer gemeinsamen Erklärung bei den Kirchenoberen dafür werben, sich «wieder den Menschen zuzuwenden und ihnen mehr Freiheit zu gewähren». Außerdem steht die Neuwahl des Bundesvorstandes an.

Gespräch: Barbara Mack, dpa

Zuletzt geändert am 30.10.2007